

G-1-261 Vorsorge, Verlässlichkeit und gute Arbeit: Das Gesundheitssystem von morgen gestalten

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Änderungsantrag zu G-1

Nach Zeile 261 einfügen:

Diskriminierung und Benachteiligung abbauen

Inklusive Gesundheitsversorgung

Einer Benachteiligung einzelner gesellschaftlicher Gruppen in unserem Gesundheitssystem werden wir weiterhin entschlossen entgegenwirken. Zum Beispiel erhalten Menschen mit Behinderungen häufig nicht alle benötigten Gesundheitsleistungen, Hilfsmittel oder häuslichen Pflegedienste und werden so in ihrer Lebensqualität und Teilhabe beschränkt. Gerade in Krisenzeiten hat sich gezeigt, dass die Hilfsstrukturen resilienter werden müssen. Der zeitweise Zusammenbruch der ambulanten Versorgung während der Pandemie hat viele Menschen mit Behinderung und ihre Verwandten in akute Not gebracht sowie für Vereinsamungseffekte gesorgt. Die strukturellen Defizite in der Verhinderungs-, Tages- und Kurzzeitpflege wollen wir abbauen, um die Vereinbarkeit von Beruf und häuslicher Care-Arbeit zu verbessern.

In Zusammenarbeit mit den Landschaftsverbänden und der Landesgesundheitskonferenz wollen wir einen ressortübergreifenden Inklusionsplan entwickeln, der bestehende Hürden im Gesundheitswesen abbaut. Gesundheitsleistungen und Therapieziele sind stärker auf die jeweiligen Bedarfe von Menschen mit Behinderung auszurichten, mit dem vorrangigen Ziel, eine selbstbestimmte Lebensgestaltung zu ermöglichen. Hierzu müssen Krankenkassen und Rentenversicherung enger zusammenarbeiten. Wir brauchen zudem verbindliche Vorgaben zur Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und mehr Flexibilität und Patientenorientierung bei Therapie- und Heilmittelversorgung. Hilfe muss umgehend auf veränderte Gegebenheiten reagieren, um Einschränkungen von Mobilität und Eigenständigkeit zu vermeiden. Nicht nur Krankenhäuser und Arztpraxen sind inklusiv auszugestalten, auch die Aus- und Fortbildung des Personals im Gesundheitswesen. Bei alledem muss die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention unsere Leitlinie sein.

Behandlung unabhängig von sexueller Orientierung

Unterstützer*innen

Harald Wölter (KV Münster); Nabihah Ghanem (KV Soest); Nils Behler (KV Dortmund); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Mirco Szymyslik (KV Herne); Eva Malecha-Konietz (KV Krefeld); Klaus-Dieter Seiffert (KV Gelsenkirchen); Ilona Schäfer (KV Wuppertal); Andreas Franco (KV Köln); Frank Merx (KV Borken); Phil Küppersbusch (KV Wesel); Mike Meisel (KV Kleve); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Antje Westhues (KV Bochum); Luisa Schwab (KV Köln); Heike Marré (KV Düren); Werner Jülke (KV Paderborn); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Dirk Herres (KV Köln); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Richard Konietz (KV Krefeld); Tim Achtermeyer (KV Bonn); Melanie Penalosa-Diehm (KV Aachen); Karsten Ludwig (KV Krefeld); Julia Müller (KV Krefeld); Janine Ivančić (KV Aachen); Hartmut Malecha (KV Aachen); Thomas Hermanns (KV Aachen); Fritz-Lothar Winkelhoch (KV Oberberg)